

Antrag Nr. 14-F-03-0035

Grüne

Betreff:

SGB Leistungen für EU-Ausländer
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.2.2014 -

Antragstext:

Bereits mehrmals hat sich der Ausschuss mit der Frage des Anspruchs auf SGB II und SGB XII Leistungen von EU Ausländern wegen der divergierenden Bundesgesetzgebung und der europäischen Rechtsprechung befasst. Nun hat das Bundessozialgericht (FAZ 19.2.2014) europarechtliche Zweifel an der Bundesgesetzgebung (§ 7 SGB II) geäußert und eine Vorlage an den Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie angesichts dieser Entwicklungen in Wiesbaden bei der Gewährung von SGB II und SGB XII Ansprüchen künftig verfahren wird und welche finanziellen Auswirkungen bei Feststellung der Europarechtsunvereinbarkeit dieser Gesetzgebung eintreten werden.

Wiesbaden, 12.03.2014

Stadtverordneter
Karl Braun

Referent
Matthias Schulz